

Wohnen: bezahlbar für alle!

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G

Die Mietenkrise verschärft sich. Seit vielen Jahren steigen die Mieten an und ein Ende der Entwicklung ist nicht abzusehen. Die Löhne halten bei diesem rasanten Anstieg nicht mit.

Diese Mietpreisexplosion hat sich komplett von der eher moderaten Lohnentwicklung abgekoppelt. Das bedeutet, dass viele einen immer größeren Anteil ihres Einkommens für das Wohnen ausgeben müssen. Inzwischen ist es normal, über 30% des Einkommens für das Mieten auszugeben, jeder siebte Haushalt sogar mehr als 40 %. Und da sind viele Nebenkosten noch nicht mit eingerechnet, die ebenfalls immer teurer werden. Doch es ist kein Naturgesetz, dass die Mieten steigen. Sie steigen, weil sie erhöht werden und weil ein schwaches Mietrecht diese massiven Mieterhöhungen ermöglicht. Auf dem deutschen Wohnungsmarkt setzen sich nahezu ungehindert die Interessen profitgetriebener Investor:innen, börsennotierter Unternehmen und des internationalen Kapitals durch.

Auf der anderen Seite versagt der Staat seit Jahren bei seiner Aufgabe der sozialen Wohnraumversorgung. Über 11 Millionen Haushalte hätten eigentlich Anspruch auf eine Sozialwohnung. Doch zurzeit gibt es nur eine Million – ein historischer Tiefstand, weil seit Jahren mehr Wohnungen aus der Bindung fallen, als neue geschaffen werden.

Auch das Bild der Städte verändert sich: Menschen mit geringem oder mittlerem Einkommen werden von Besserverdienenden verdrängt. Nicht selten muss der lokale Einzelhandel wegen steigender Mieten internationalen Ketten weichen.

Die Bundestagsfraktion DIE LINKE vertritt die Interessen der Mieter:innen und setzt sich für eine Kehrtwende in der Wohnungspolitik ein, um die Mietenkrise und die Wohnungsnot endlich zu beenden. **Unser Ziel ist bezahlbares Wohnen für alle.**

Deshalb fordern wir:

Mieten regulieren!

Ein bundesweiter Mietestopp schließt alle Mieterhöhungen für sechs Jahre aus. Mieter:innen erhalten so wieder Luft zum Atmen.

Der Kündigungsschutz wird verbessert. Menschen über 70 darf nicht gekündigt werden. Eigenbedarfskündigungen werden eingeschränkt und Lücken beim Kündigungsschutz geschlossen. Zwangsräumungen in die Wohnungs- und Obdachlosigkeit werden verboten.

Indexmietverträge, die automatisch mit der Inflation steigen, werden abgeschafft.

Die Modernisierungsumlage, mit der energetische Sanierungen oder Luxusmodernisierungen voll auf die Mieter:innen umgelegt werden, wird abgeschafft.

Ein bundesweiter Mietendeckel wird eingeführt, der absolute Obergrenzen für Mieten je nach Lage und Ausstattung von Wohnungen definiert und der eine Absenkung von überhöhten Mieten ermöglicht. Auch für Gewerbemietverträge gibt es Mietobergrenzen sowie einen besseren Kündigungsschutz.

Der Wohnungsmarkt: gemeinnützig, nicht profitgetrieben!

Das Prinzip der Gemeinnützigkeit und nicht Profitgier muss wieder das Leitprinzip auf den Wohnungsmärkten werden. Wohnungen müssen dauerhaft bezahlbar, sozial gerecht und nachhaltig bewirtschaftet sein. Das kann nur eine gemeinnützige Wohnungswirtschaft garantieren, die Wohnraum für Haushalte mit geringem und mittlerem Einkommen bereitstellt und dauerhaft zu günstigen Kostenmieten vermietet. Für Unternehmen, die sich den Grundsätzen der Gemeinnützigkeit verpflichten, also vor allem städtische Wohnungsunternehmen und Genossenschaften, wird die Rendite streng begrenzt. Im Gegenzug erhalten sie Steuererleichterungen und bevorzugten Zugang zu Boden und Fördergeldern. Bundesweit muss der gemeinnützige Sektor auf mindestens 30% ausgebaut werden, in Städten auf mindestens 50%.

Börsennotierte Aktiengesellschaften und internationale Fonds haben hingegen nichts auf den Wohnungsmärkten verloren. Ihre Bestände sollen in die Gemeinnützigkeit und in öffentliches Eigentum überführt werden.

Sozialen Wohnungsbau retten!

Sozialer Wohnungsbau muss gerettet werden. In Zukunft muss gelten: Einmal Sozialwohnung, immer Sozialwohnung! Deswegen muss der Soziale Wohnungsbau in die Neue Wohnungsgemeinnützigkeit überführt werden, denn nur dadurch kann eine dauerhafte Sozialbindung gewährleistet werden.

Der Bund muss wieder selbst Sozialwohnungen bauen. Sozialer Wohnungsbau darf nicht weiter von privaten, nicht gemeinnützigen Wohnungsunternehmen abhängig sein.

Sondervermögen Bezahlbares Wohnen!

Mit einem Sondervermögen über 100 Milliarden Euro sollen Investitionen in den bezahlbaren Wohnraum gesichert werden.

Es dient der Rettung des Sozialen Wohnungsbaus, dem Aufbau der Gemeinnützigen Wohnungswirtschaft, der energetischen Sanierung des Wohnungsbestandes. Kommunen sollen unterstützt werden, Boden und Immobilien (zurück) zu kaufen.

www.linksfraktion.de